

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Stellvertreter der SPD-Bundestagsfraktion, unterstreicht, wie richtungsweisend die Münchener SPD-Beschlüsse sind: Vorrang für Vollbeschäftigung. Seite 1

Hugo Brandt MdB kritisiert den Beschluß der CDU/CSU-Innenminister zur CS-Gas-Einführung: Ein böses Zeichen. Seite 4

Peter Paterna MdB sieht in der Berufung Hans Matthöfers zum Postminister einen Glücksfall: Sachverstand und Leidenschaft. Seite 5

Peter Struck MdB befürwortet die Novellierung des Jugendschutzgesetzes: Gegen Kriegsspiel- und Killerautomaten. Seite 6

Klaus Daubertshäuser MdB begrüßt das Umdenken der CDU beim ÖPNV: "Freie Fahrt dem freien Bürger" beerdigt. Seite 7

37. Jahrgang / 82

30. April 1982

Vorrang für Vollbeschäftigung

Die Münchener Beschlüsse sind richtungsweisend

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Reaktion der veröffentlichten Meinung auf die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des SPD-Parteitages in München sind eher psychologischer Natur und weniger von der Beschlußlage selbst diktiert. Der übergroße Teil der Meinungsmacher, die seit Monaten das Ende der Koalition herbeischreiben, den Lesern täglich Spekulationen über den "großen Krach" auf dem Münchener Parteitag unterbreitet hatten, sahen sich von ihren eigenen Prognosen im Stich gelassen:

Der Bundeskanzler wurde in München nicht, wie seit Monaten geschrieben wurde, geschwächt, sondern gestärkt. Die SPD unterstützt Helmut Schmidt in seiner schwierigen Aufgabe, die Supermächte auf ein realistisches Abrüstungskonzept für Mittelstreckenraketen zu verpflichten. Und sie versteht sich mit Recht als die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung innenpolitisch Vorrang einräumt. Sie hat mit ihren wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Beschlüssen sozialdemokratisches Profil gezeigt, das richtig verstanden bei den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner den sozialdemokratischen Ministern und dem Bundeskanzler selbst den Rücken stärken wird.

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und unserem Selbstverständnis als Sozialdemokraten heraus haben wir zum Problem der Arbeitslosigkeit eine grundsätzlich andere Beziehung als bürgerliche Parteien. Arbeitslosigkeit, das hat Marie Jahoda in ihrem Grußwort auf dem Parteitag deutlich gemacht, ist heute wie in den dreißiger Jahren menschlich zerstörend. Arbeit ist die stärkste Bindung des Menschen an die Realität. Was Arbeitslosigkeit unterbricht, ist diese Bindung an die gesellschaftliche Realität. Wenn dieses Band zerrissen wird, dann verlieren sich die Menschen in Tagträumen, verlieren ihr Selbstvertrauen und sind bereit, den phantastischen Versprechungen von Demagogen Glauben zu schenken, wie wir es nur allzugen aus der Katastrophe der Vergangenheit wissen.



Aufgabe unserer Politik muß es deshalb sein, diesen Prozeß menschlicher Depravierung mit all seinen politischen Gefahren zu beenden. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um die relevanten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, gerade auch wenn sie weniger, kaum oder überhaupt nicht von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, auf einen Konsens zu verpflichten, der die Krisenspirale unterbricht. Der Münchener Beschluß ist ein Gesprächsangebot an unseren Koalitionspartner aber auch an die Bundesratsmehrheit von CDU/CSU, an die Unternehmer und ihre Verbände, an die Gewerkschaften und die Betriebs- und Personalvertretungen, an die Kirchen und an die freien Wohlfahrtsverbände, einen Sozialpakt zu schließen, der in den nächsten zehn Jahren den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert und mittelfristig die Arbeitslosigkeit abbaut.

Der Beschluß des Münchener Parteitages, der mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen von 435 Delegierten angenommen wurde, ein "Arbeitsplatz-Vernichtungsprogramm" zu nennen, ist nicht nur für die Delegierten eine Provokation, sondern er ist auch eine bössartige Kennzeichnung unserer Beschlüsse. Ich hoffe, daß eine solche Charakterisierung aufgrund der verzerrten Berichterstattung der Presse erfolgte, nicht jedoch nach Lektüre des Münchener Beschlusses selbst.

Wo liegen nun die Schwerpunkte des Münchener Beschlusses:

1. Im Gegensatz zu neokonservativen Konzepten, wie sie auch von der CDU/CSU vertreten werden, sind wir davon überzeugt, daß nur ein partnerschaftlicher Weg bei der Lösung der schweren Wirtschaftskrise der achtziger Jahre beschritten werden kann. Konservative dagegen setzen auf die Spaltung und Entsolidarisierung zwischen und innerhalb der Gesellschaftsklassen und Gesellschaftsschichten. Angesichts unserer eigenen nationalen Erfahrungen in den dreißiger Jahren wissen wir, daß eine solche bewußte Politik des Klassenkampfes von oben zu einem Klassenkampf von unten führt, der in einer sozialen und gesellschaftlichen Katastrophe enden kann. Eines ist allerdings klar: Ein partnerschaftlicher Weg kann und wird von den Arbeitnehmern nur akzeptiert werden, wenn ihre Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten, ihre Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte im Unternehmen gestärkt und ausgeweitet werden. Weil wir auf Sozialpartnerschaft bei der Krisenbewältigung setzen, wollen wir einen neuen Anlauf machen, um unser Konzept der Wirtschaftsdemokratie weiterzuentwickeln. Dabei stehen natürlich die Ausweitung der Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen im Mittelpunkt. Hier erwarten wir praktisch politische Impulse sowohl von der Arbeitsgruppe der Fraktion unter der Leitung von Philipp Rosenthal als auch konzeptionell umfassendere Überlegungen vom neugewählten Parteivorstand, der beauftragt wurde, ein neues Konzept der Wirtschaftsdemokratie zu erarbeiten.
2. Nachdem in der Operation '82 und im Beschäftigungsförderungsgesetz vom März 1982 die Förderung privater Investitionen (Abschreibungserleichterungen, Investitionszulage, Kreditsubvention für kleine und mittlere Unternehmen) im Vordergrund standen, legt der Münchener Beschluß nunmehr seinen Schwerpunkt auf die Förderung öffentlicher Investitionen. Nach dem Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogrammes ist die öffentliche Investitionsquote, die in diesem Jahr noch einmal drastisch abnehmen wird, wieder gesunken. Hier muß eine Umkehr eingeleitet werden. Die SPD ist zur Zeit die einzige Partei, die ein mittelfristiges, staatliches Investitions- und Vollbeschäftigungsprogramm fordert, bei dem die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie im Vordergrund steht. Ich will hier neben der Förderung energiesparender und energiesubstituierender Investitionen zwei Programnteile hervorheben:
 - das Zehn-Jahres-Programm "Saubere Gewässer in der Bundesrepublik Deutschland", das insbesondere auch der stark gebeutelten Bauindustrie die dringend erforderlichen Nachfrageimpulse geben kann;
 - ein mittelfristiges Umweltsanierungs- und Vorsorgeprogramm für besonders gefährdete Regionen, das Immissionsschutz, Lärmschutz, Stadt- und Dorferneuerung, Verbesserung des Wohnumfeldes, Industrieansiedlung, Landschaftsschutz und rationellere Energieerzeugung und -nutzung umfaßt. Hier werden insbesondere die alten Industriestandorte an Rhein und Ruhr profitieren, aber auch ländliche Regionen, die wegen des saueren Regens immer stärker in Mitleidenschaft gezogen werden.



3. Die SPD besteht weiterhin auf einer Politik, die Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung sicherstellt. Wenn das "duale System" nicht dazu in der Lage ist, sollten überbetriebliche und ergänzend schulische Alternativen angeboten werden, um der jungen Generation einen angemessenen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Holger Börner hat mit seinem Begriff der "Beschäftigungsbrücke" Vorschläge gemacht, die diesen Einstieg für Jugendliche nach der Berufsausbildung erleichtert. Der Parteitag ist dem gern gefolgt. Im Rahmen der staatlichen Investitionsförderung sind den Betrieben, die sich um Aufträge bewerben, Auflagen in Bezug auf die Beschäftigung von jungen Arbeitnehmern zu machen, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben. In besonderen Problemregionen der Bundesrepublik sind Schwerpunktprogramme für junge Arbeitnehmer durchzuführen, die sich besonderen öffentlichen Anliegen widmen, wie zum Beispiel dem Umweltschutz oder Sozialdiensten.
4. Auch in der Arbeitsmarktpolitik besteht die SPD auf einem Ausbau und einer Weiterentwicklung beschäftigungsfördernder Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, insbesondere der beruflichen Fortbildung und Umschulung. Um eine dem Thema angemessene Diskussion zu ermöglichen und die im Bundestag vertretenen Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen, wie sie zur Beschäftigungskrise und zu ihrer Bekämpfung stehen, wird die Bundesregierung aufgefordert, einen umfassenden Arbeitsmarktbericht dem Deutschen Bundestag vorzulegen, in dem über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, über gruppen- und regionalspezifische Schwerpunkte, über die Erfahrungen der Arbeitsvermittlung und über erkennbare Auswirkungen des technischen und strukturellen Wandels auf die Beschäftigungslage unterrichtet wird.
5. Der Parteitag setzt weiterhin bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit große Hoffnungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Entscheidende Bedeutung kommt dabei dem Auftrag an den Bundesarbeitsminister zu, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften Voraussetzungen für einen Durchbruch zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit und für einen flexibleren Übergang vom Arbeitsleben in die Rente zu schaffen.
6. Die monetaristische Geldpolitik wird vom Parteitag scharf kritisiert. Für den Fall, daß auf dem Wirtschaftsgipfel von Versailles im Mai keine internationale Abkehr von der Hochzinspolitik erreicht werden kann, wird im Rahmen des Europäischen Währungssystems eine unabhängige europäische Zinspolitik angestrebt werden. Deshalb wird der Parteivorstand aufgefordert, nach Versailles Vorschläge zu einer europäischen Geld-, Kredit- und Zinspolitik zu entwickeln.
7. Das wilde Geschrei, das von Verbandsfunktionären und Parteitaktikern über die Finanzierung unserer Vorschläge angezettelt wurde, ist nicht nur unverständlich, sondern zeigt, daß es von Vorurteilen geleitet und die tatsächliche Beschlußlage geflissentlich übersieht. Es ist ganz selbstverständlich, daß von den drei Finanzierungsquellen beschäftigungspolitischer Maßnahmen: Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte und die Erzielung zusätzlicher öffentlicher Einnahmen, keines von vorneherein ausgeschlossen werden kann. Tatsächlich hat die SPD lediglich beschlossen, daß eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und eine Arbeitsmarktsteuer eingeführt werden sollten, um die Restfinanzierung öffentlicher Investitions- und Beschäftigungsprogramme zu ermöglichen.

Ich gebe zu, daß die Reaktion unseres Koalitionspartners auf diese Vorschläge unbegründet ist. Im Übrigen erinnere ich daran, daß der saarländische FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Klump wie auch der CDU-Oberbürgermeister Manfred Rommel die Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen befürworten. Sie ist nicht nur ökonomisch sinnvoller als eine Anhebung der Mineralölsteuer oder einer Mehrwertsteueranhebung, sondern sie ist auch sozial gerechter.

Nachdem in der Sparoperation '82 existentielle Einschnitte ins soziale Netz vorgenommen worden sind, ich denke hier nur an die Kürzungen im Bereich der Bundessozialhilfe, insbesondere jedoch an die Kürzungen im Rahmen des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes - müssen bei einer erneuten Sparrunde ungerechtfertigte Steuerprivilegien vorrangig abgebaut werden, um Haushaltslücken zu schließen. Wir haben deshalb auf dem Münchener Parteitag als Beispiele dafür die weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften, die Verschärfung der Bodenwertzuwachsbesteuerung, die Begrenzung des Ehegatten-Splitting-Vorteils für kleine und mittlere Einkommensbezieher und die Abschöpfung von sogenannten Windfall-Profits vorgeschlagen, Vorschläge, die bei einer sachgerechten und sachlichen Diskussion von Mitgliedern aller Bundestagsparteien getragen werden könnten und bereits getragen werden.

(-/30.4.1982/ks/ca)

Ein böses Zeichen

CS-Gas-Einführung stößt auf Bedenken

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Das Ergebnis der Innenministerkonferenz, wonach die CDU/CSU Innenminister und Senatoren die Einführung des Reizstoffes CS in den von ihnen geführten Bundesländern beschlossen haben, ist angesichts vieler ungeklärter Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt unverständlich. Die SPD-Bundestagsfraktion teilt die Auffassung der sozialdemokratischen Innenminister und Innensenatoren, daß vor Einführung des Reizstoffes CS alle noch ungeklärten Probleme gelöst sein müssen. Zu den noch zu klärenden Fragen gehören vor allem die Probleme der Dosierung und der Anwendung des Reizstoffes CS in engen und geschlossenen Räumen. Es ist in der Wissenschaft unbestritten, daß eine zu hohe Dosierung des Reizstoffes CS zu einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit führen kann.

Die Bundesregierung hat noch im November dieses Jahres festgestellt: "Insbesondere liegen noch keine abschließenden Untersuchungsberichte zum Einsatz von CS in geschlossenen Räumen sowie mit Wasserwerfern vor. Auch taktische Fragen vom Einsatzmittel Reizstoffsprüheräten werden noch untersucht."

Die SPD-Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, daß die Polizei eine polizeitypische Waffe benötigt, die den Schußwaffengebrauch ausschließt. Das gegenwärtig in einigen Bundesländern angewandte Tränengas CN weist erhebliche, die Gesundheit der Bürger gefährdende Nachteile auf. Es sollte deshalb möglichst bald durch besseres Einsatzmittel ersetzt werden. Der Reizstoff CS kann dies sein. Dies muß aber erst noch abschließend genau geklärt werden. Die vorzeitige und allzu eilfertige Einführung zerstört die Chancen, die möglicherweise bei sorgfältiger Prüfung und Erprobung sich ergeben.

Es ist ein böses Zeichen für das politische Klima in unserem Land, daß die Innenministerkonferenz praktisch in zwei Blöcke zerfallen ist. Während noch Anfang der 70er Jahre die Innenministerkonferenz das "Gemeinsame Programm des Bundes und der Länder für die innere Sicherheit" beschließen konnte und dieses noch 1974 fortgeschrieben hat, ist heute ein tiefer Graben festzustellen. In den CDU/CSU geführten Ländern kann es offensichtlich nicht schnell genug und scharf genug zugehen. In ihren Polizeigesetzen haben die Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten beschlossen, jetzt kommt auch noch der Reizstoff CS hinzu. Es wird höchste Zeit, daß die Innenministerkonferenz die Periode der harten Konfrontation beendet und zu mehr Gemeinsamkeit zurückfindet. Die innere Sicherheit unseres Landes und die Gesundheit unserer Bürger ist ein zu hohes Gut, um politisch taktischen Überlegungen Opfer zu werden.
(-/30.4.1982/ks/ca)

+ + +



Ein Glücksfall

Hans Matthöfer bringt als Postminister Sachverstand und Leidenschaft ein

Von Peter Paterna MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für das Post- und Fernmeldewesen

Die Bedeutung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen wurde zu Beginn dieser Legislaturperiode dadurch unterstrichen, daß ein eigenständiger Ausschuß des Bundestages gebildet wurde. Seine Bedeutung wurde jetzt erneut unterstrichen, indem Hans Matthöfer Postminister wurde; Ein Minister, der das Kunststück fertiggebracht hat, das Finanzressort hervorragend zu führen und dabei die besondere Wertschätzung der gesamten SPD-Bundestagsfraktion zu gewinnen, obwohl in diesem Amt die Wahrscheinlichkeit sehr viel größer ist, sich bei allen unbeliebt zu machen.

Wer meint, die Post werde dadurch abgewertet, daß Hans Matthöfer es da jetzt "ruhiger" haben kann, übersieht, daß dies objektiv auch für jedes andere Ministerium (vielleicht mit Ausnahme von Verteidigung) gelten würde.

Wer meinte, sich mit boshafem Grinsen darüber mokieren zu sollen, daß der Finanzminister Matthöfer dem jetzigen Postminister Matthöfer durch Erhöhung der Postabführung von sechs-zweidrittel auf zehn Prozent des Umsatzes mehr als eine Milliarde DM jährlich abgenommen hat, sei darauf hingewiesen, daß zum Beispiel die kommunalen Eigenbetriebe und damit die Kunden von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken weit stärker zur Kasse gebeten werden, als dies der Bund gegenüber der Post und ihren Kunden ververtretbar hält.

Warum nun meine ich, daß sich nicht nur Einwände gegen Matthöfer als Postminister leicht entkräften lassen, sondern sich vielmehr diese Entscheidung sogar als Glücksfall erweist? Vor allem ist dabei an die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens Deutsche Bundespost zu erinnern. Sie spiegelt sich in eindrucksvollen Zahlen: Über 500.000 Beschäftigte, über 40 Milliarden DM Umsatz, über 13 Milliarden DM Investitionen jährlich. Von diesen über 13 Milliarden Investitionssumme gehen über 90 Prozent in den Fernmeldebereich. Hier stehen mit der Digitalisierung des Netzes, dem Einsatz von Satelliten und Glasfaser revolutionäre Entwicklungen an. Sie sind für unsere Volkswirtschaft in zweifacher Hinsicht von großer Bedeutung:

- Erstens ist eine moderne kommunikationstechnische Infrastruktur für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wichtig.
- Zweitens ist das Nachfrageverhalten der Post von entscheidender Bedeutung für die in Zukunft wichtigsten Schlüsseltechnologien.

Die Post sichert unseren Firmen im Bereich der Nachrichtentechnologien indirekt, in den Bereichen Mikroelektronik und Datenverarbeitung indirekt inländische Absatzmärkte, eröffnet durch ihre Normungskompetenz ausländische und fördert damit auch verstärkte Anstrengungen unserer Wirtschaft für Forschung und Entwicklung in Bereichen, in denen wir nur schwer gegen japanische und amerikanische Konkurrenz ankommen. Ein Postminister, der mit Leidenschaft Minister für Forschung und Technologie war und diese Leidenschaft und diesen Sachverstand als Finanzminister nie verleugnet hat, ist nicht nur für "sein" Unternehmen, sondern für die Volkswirtschaft insgesamt ein Glücksfall. Die Arbeitsgruppe Post und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit Hans Matthöfer.

(-/30.4.1982/hf/ca)

+ + +



Gegen Kriegsspiel- und Killerautomaten

Das Jugendschutzgesetz muß dringend novelliert werden

Von Dr. Peter Struck MdB

Der Amtswechsel im Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ist vollzogen. Anke Fuchs und Claus Grobecker werden sicher viele gute Ratschläge auf den Weg gegeben worden sein. Kein guter Rat, sondern eine Bitte soll nun auch von mir folgen:

Kümmert Euch möglichst bald um das Problem der Einrichtung und Nachrüstung von Spielhöhlen, oder genauer: Sorgt dafür, daß nicht jedes Kind ungehindert an Killer-, Kriegsspiel- oder Todesschuß-Automaten herankommen kann!

Nicht nur in meinem Wahlkreis werden die Kommunen zur Zeit von Anträgen auf Einrichtung, beziehungsweise Nachrüstung von Spielhöhlen und Spielsalons förmlich überschwemmt. Nicht nur in Automaten-Salons, sondern auch in Freizeitparks, Kinos, auf Jahrmärkten und Flughäfen, Butterdampfern, Eisdielen und sogar in einer privaten Schule in Minden werden diese Automaten aufgestellt.

Dazu ein paar Zahlen: In rund 5.000 Spiel-Betrieben fließen jährlich Münzen im Wert von etwa 4,1 Milliarden DM in die Groschengräber. Zu den rund 420.000 Flipper, Musik- und Spielautomaten, die im Jahre 1980 in der Bundesrepublik und West-Berlin aufgestellt waren, kamen, nach Angaben der Industrie, im Jahre 1981 rund 115.000 zusätzlich in den Spielverkehr. Von den Tele-Spielen kamen 1981 rund 38.500 mehr als im Vorjahr in die Spielsalons. (Hannoversche Neue Presse vom 22. Januar 1982).

Welche verhängnisvollen Wirkungen auf Kinder und Jugendliche gerade Automaten haben, bei denen der Spieler Bomberpilot, Weltraum-Krieger und so weiter ist, braucht hier nicht dargestellt zu werden.

Das vorhandene gesetzliche Instrumentarium reicht zur Bekämpfung dieser Gefahr nicht aus:

- Das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit erfaßt zum Beispiel nicht die außerhalb von Spielhallen jedermann, also auch Kindern, frei zugänglichen aufgestellten elektronischen Automaten oder ähnliche Spielgeräte.
- Nicht geklärt ist sicher die Frage, ob die Kriegsspiel- und Killerautomaten unter das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften fallen, das heißt ob sie zu den Ton- und Bildträgern zählen, die nach diesem Gesetz den Schriften gleichzustellen sind.

Die Bundesregierung hat eine Neufassung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit seit langem angekündigt, in der diese Fragen gelöst werden sollen.

Aber auch ein anderes Thema wäre in diesem Zusammenhang mit zu regeln: Die Bundesregierung sollte prüfen, ob durch eine entsprechende Änderung der Gewerbeordnung eine Genehmigungspflicht auch für das Aufstellen von Unterhaltungsautomaten und die Möglichkeit örtlicher Beschränkungen eingeführt werden kann.

Nicht nur die geplagten Kommunen, sondern vor allem die Eltern werden derartige Maßnahmen begrüßen.

Aktionen gegen Kriegsspielzeug jährlich zu Weihnachten sind zwar wichtig, aber sie allein reichen nicht aus: Der Gesetzgeber ist jetzt gefordert! (-/30.4.1982/ks/ca)

+ + +



CDU beerdigt "Freie Fahrt dem freien Bürger"**Der öffentliche Personennahverkehr dringt ins Bewußtsein der Union****Von Klaus Daubertshäuser MdB****Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion**

Die CDU/CSU hat in den letzten Tagen ihre Leitsätze zum öffentlichen Personennahverkehr veröffentlicht. Sie hat jetzt Abschied genommen von "Freie Fahrt dem freien Bürger". Die Priorität des ÖPNV wertet sie nicht mehr als staatsgefährdend und umstürzlerisch. Sie gibt dem ÖPNV stärkere Bedeutung und sieht seine Unentbehrlichkeit für unsere Gesellschaft. Es ist zu begrüßen, daß die CDU/CSU endlich diese Wende auch nach außen vollzogen hat. Sie macht die ersten Schritte in die richtige Richtung - wenn auch noch etwas zögernd und unsicher.

Für die Sozialdemokraten war die "Verteufelung" des Autos nie ein Thema. Sie haben aber immer davor gewarnt, das Auto zu glorifizieren, es unverrückbar und unangreifbar auf einen Sockel zu stellen, wie es die Union jahrelang getan hat. Wenn aber die CDU diese Position jetzt offen überdenkt, sich für die Probleme des ÖPNV öffnet und in Zukunft auch konkrete Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, so kann dies für unsere Gesellschaft nur von Vorteil sein.

Sie braucht aber offensichtlich noch eine Schamfrist, um auf den fahrenden ÖPNV-Zug aufzuspringen. Die Gewerkschaften und die Kirchen stehen stellvertretend für viele Organisationen und Verbände, die der Union hier weit voraus sind. Die Union muß in der praktischen Verkehrspolitik der nächsten Monate verdeutlichen, ob sie mit ihrem jetzt vorgelegten ÖPNV-Papier einen "Papiertiger" geboren hat oder ob sie ernsthaft eine ÖPNV-orientierte Verkehrspolitik mittragen will.

Nach sozialdemokratischer Auffassung erfüllt der ÖPNV wichtige gemeinwirtschaftliche Aufgaben. Diese politische Bewertung kommt auch darin zum Ausdruck, daß 1982 im Verkehrshaushalt allein für diesen Bereich zusätzliche Mittel bereitgestellt werden konnten. Über die Finanzierung des Defizits der Deutschen Bundesbahn im Schienenpersonennahverkehr zur Aufrechterhaltung dieses Betriebszweiges hat aber der Bund im ÖPNV-Bereich Aufgaben übernommen, die ihm gar nicht zustehen. Hier ist insoweit eine Neuorganisation erforderlich. In einer Region kann der ÖPNV nur dann wirkungsvoll und auf die Bedürfnisse der Bürger abgestellt funktionieren, wenn er in dieser Region politisch wie finanziell verantwortet wird.

(-/30.4.1982 - hi/ca)

+ + +

